

Detering | Was heißt hier »wir«?

[Was bedeutet das alles?]

Heinrich Detering

# **Was heißt hier »wir«?**

Zur Rhetorik der  
parlamentarischen Rechten

Reclam

Sonderausgabe von Reclams Universal-Bibliothek Nr. 19619

2019 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Umschlaggestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: GGP Media GmbH,

Karl-Marx-Straße 24, 07381 Pößneck

Printed in Germany 2019

RECLAM ist eine eingetragene Marke

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-011254-0

Auch als E-Book erhältlich

[www.reclam.de](http://www.reclam.de)



# Inhalt

Reizwörter und Leseweisen	9
Wir oder die Barbarei	13
Das System der Zweideutigkeit	19
Unser Deutschland, unsere Vernichtung, unsere Rache	27
Ich und meine Gemeinschaft	37
Tausend Jahre, zwölf Jahre	43
Unsere Sprache, unsere Kultur	51
Anmerkungen	63
Nachbemerkung	67
Leseempfehlungen	74
Über den Autor	76



»Sie haben die unglaubliche Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln! Wo doch vielleicht der Augenblick nicht fern ist, da dem deutschen Volke das Letzte daran gelegen sein wird, nicht mit ihnen verwechselt zu werden.«

Thomas Mann, *Ein Briefwechsel* (1936)



## Reizwörter und Leseweisen

Die Hitlerzeit – ein »Vogelschiss«; die in Hamburg geborene SPD-Politikerin Aydan Özoğuz – ein Fall, der »in Anatolien entsorgt« werden sollte; muslimische Flüchtlinge – »Kopftuchmädchen und Messermänner«: Formulierungen wie diese haben in den letzten Jahren und Monaten immer von neuem für öffentliche Empörung, für Gegenreden und Richtigstellungen gesorgt. Und für Schlagzeilen, mit denen die AfD im Scheinwerferlicht der Aufmerksamkeit und im Gespräch blieb.

»Vogelschiss«, »Entsorgung« und »Messermänner« sind Beispiele für eine Verhexung des politischen Diskurses durch Wörter, genauer: durch Schlagwörter und Kampfvokabeln, kalkulierte provozierende Verstöße gegen Höflichkeitsregeln und Taktempfinden, die sich die Verstoßenden als Trophäen ihres vorgeblichen Kampfes gegen Denkschablonen und Sprechverbote einer allgegenwärtigen *political correctness* ans Revers heften. Wer den Kampf unter diesen Vorgaben aufnimmt, hat ihn schon verloren. Denn es geht seinen Verursachern nicht um argumentative Überlegenheit, sondern um die Erschließung und Besetzung diskursiver Felder. Um das Abstecken von *claims* geht es, um den Ehrgeiz, mit Reizvokabeln »die Grenzen des Sagbaren auszuweiten«, <sup>1</sup> um die Steuerung der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Die ebenso begreiflichen wie reflexhaften Empörungsgesten wirken darum oft nicht nur traurig hilf-

los (wie in den öffentlichen politischen Debatten im Parlament, in Zeitungen und Talkshows, so auch in den vielen privaten Diskussionen). Sie scheinen dem bösen Spiel der Provokateure nicht einmal wirksam Widerstand zu leisten. Vielmehr hat es den Anschein, als spielten die Empörten es unfreiwillig mit, als ließen sie sich von ihnen instrumentalisieren – jedenfalls solange Gegenstand des Kampfes nicht Argumente sind, sondern Meinungsführerschaft, Themensetzung und die Bestimmung der Schlagworte, um die und um deren Urheber sich möglichst viel drehen soll.

Wie könnte man diesem Schema entkommen? Vielleicht indem man der Verlockung widersteht, die bösen Köder zu schlucken, an denen die hässlichen Wörter befestigt sind, und vielmehr Distanz wahrte und die Köder nur möglichst gründlich anschaute: die Positionen und Funktionen der Wörter in den jeweiligen syntaktischen, metaphorischen, argumentativen Kontexten betrachtete, die womöglich von den Metaphern verdeckten Argumente und Narrative freilegte – und bei alledem auch den Redegestus selbst im Blick behielt, dasjenige also, was die Weise des Sagens dem Gesagten hinzufügt, ohne dass es selbst ausgesprochen werden müsste. Dass nicht das Wort »Vogelschiss« böse ist, sondern seine Anwendung auf den industriell organisierten Massenmord an den europäischen Juden, das ist eine Banalität – und doch fällt es erfahrungsgemäß oft schwer, sie im Eifer des Gefechts im Auge zu behalten.

Im Folgenden geht es also nicht allein um die Wörter, sondern um ihre Kontexte, ihre Pragmatik und ihre Performanz. Es geht um Stilanalyse und Rhetorik. Dabei beschränke ich mich auf einzelne, überwiegend gut bekannte Redetexte, Interviews, Twitter-Nachrichten und Facebook-Posts der letzten Jahre – in einer durchaus subjektiven Auswahl, von der ich hoffe, dass sie als halbwegs repräsentativ gelten kann. (Dass dies alles hier nur exemplarisch, stichworthaft und andeutend geschehen kann, versteht sich von selbst; ich verweise auf die Leseempfehlungen im Anhang.) Ich unterziehe sie demselben *close reading*, mit dem ich mich in meiner wissenschaftlichen Forschung und Lehre auch Gedichten und Prosatexten der Literaturgeschichte zuwende (oder, auch das ist vorgekommen, Texten wie Adolf Hitlers *Mein Kampf*). Ich verfare also auch anders als die Kolleginnen und Kollegen aus der Sprachwissenschaft, etwa Heidrun Kämper vom Mannheimer Institut für deutsche Sprache, Joachim Scharloth an der Universität Dresden oder der mit der Sprache der »Wutbürger« befasste Politologe Robert Feustel in Leipzig und Jena, die sich derzeit intensiv und auf ungleich breiterer Grundlage mit Analysen des rechtspopulistischen Sprachgebrauchs beschäftigen.

Meine Neulektüren einiger der meistdiskutierten Äußerungen führender AfD-Vertreter und -Vertreterinnen konzentrieren sich dabei vor allem auf diejenigen semantischen und stilistischen Merkmale, die *nicht* unmittelbar evident sind. Gerade einige der ver-

meintlich schon längst ausdiskutierten Provokationen der letzten Jahre zeigen, unterzieht man sie einer vergleichenden Analyse, ideologische Grundstrukturen, die noch immer bedrängend aktuell sind. Sie alle haben es mit dem zu tun, was im Tonfall einer scheinbaren Selbstverständlichkeit »wir« genannt wird – in positiven und, weit mehr noch, in negativen Bestimmungen. Diese Frage steht im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen: Wer oder was ist das »Wir«, das »Uns«, das »Unser«, das in den Äußerungen der AfD wiederkehrend als »unser Volk«, »unser Vaterland«, »unsere Kultur« erscheint, als das ideologische Begriffszentrum, um das sich alles dreht?

## Wir oder die Barbarei

Fast immer sind die Definitionen des vermeintlich abendländischen und des deutschen »Wir« in den Hassfloskeln von Pegida und AfD negativ bestimmt. Welche Merkmale die Gruppe positiv auszeichnen, die das Pronomen benennen soll, bleibt entweder offen oder es wird mit vagen Gemeinplätzen angedeutet, die einer genaueren Nachfrage nicht standhalten; der am häufigsten gebrauchte von ihnen ist der Hinweis auf eine – ihrerseits zumeist nicht näher bestimmte – spezifische »deutsche Kultur«. (Darauf ist später zurückzukommen.)

Vor allem aber bestimmt sich das fragliche »Wir« durch den wiederkehrenden Hinweis auf diejenigen, die *nicht* dazugehören sollen. Wir sind die, die nicht so sind wie die da. In einer privaten Mail – die sie im Nachhinein und mit wenig glaubwürdigen Gründen zur Fälschung erklären ließ – hat Alice Weidel 2013 beklagt, dass »wir von kulturfremden Völkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden«. Überschwemmt sieht Frau Weidel »uns« nicht etwa von Völkern, denen unsere Kultur fremd ist – was als Behauptung über die seit Jahrhunderten in Europa lebenden Sinti und Roma immerhin auch nicht sehr weit entfernt ist von Hitlers Satz, ein Jude könne »kein Volksgenosse sein«. Sondern sie sagt, dass wir überschwemmt werden von »kulturfremden Völkern«, also von Menschen, denen Kultur schlechthin fremd ist. Sie meint das, was man im klassischen Griechen-

land »die Barbaren« nannte, und sie beschreibt es wie eine Naturkatastrophe: als Überschwemmung.

In dieser Konfrontation erscheint tödliche Gewalt unausweichlich. In ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16. Mai 2018 hat Alice Weidel das in einer suggestiven Begriffskombination nahegelegt. Die Suggestion bestand nicht allein in der Verbindung von »Kopftuchmädchen« und »Taugenichtsen«, die Frau Weidel einen Ordnungsruf des Parlamentspräsidenten einbrachte, weil sie »alle Frauen« diskriminiere, »die ein Kopftuch tragen«.<sup>2</sup> Sie bestand vielmehr in der Kombination von »Kopftuchmädchen, alimentierten Messermännern und sonstigen Taugenichtsen«.<sup>3</sup> Diese Kombination unterstellt nämlich gleich viererlei: erstens, dass für einen muslimischen Mann das Messer dieselbe Bedeutung habe wie für eine muslimische Frau das Kopftuch; zweitens, dass das eine so gewaltaffin sei wie das andere; drittens, dass die so interpretierten Attribute Messer und Kopftuch bei Muslimen als die jeweils maßgebliche soziale Geschlechtsmarkierung dienten; und viertens, dass beide Attribute ihre Trägerinnen und Träger ohne weiteres, als sei das von selber evident, als »Taugenichtse« verrieten. Wer diese Fremden »alimentiert«, wie es der von Frau Weidel namentlich attackierte Grünen-Abgeordnete Anton Hofreiter fordert, der finanziert in dieser Logik das Verbrechen.

Desselben Verfahrens, die anderen suggestiv als Barbaren zu markieren, bedient sich Beatrix von Storch in einer Mitteilung, in der sie vor den Mi-

granten mit den Worten warnt, es handle sich um »barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden«. <sup>4</sup> Das ist nicht nur in der Wortwahl offensichtlich beleidigend und verletzend (und auch so gemeint), sondern es ist auch in der Syntax bemerkenswert. Das ist in der allgemeinen Empörung oft übersehen worden. Ich meine die unauffällige Parallelisierung der drei Attribute, deren Neben- und Ineinander denselben falschen Schein von Natürlichkeit erzeugt wie die Kombination von Musliminnen mit Kopftüchern und Muslimen mit Messern. Frau Storch warnt ja nicht lediglich vor »barbarischen« und »gruppenvergewaltigenden Männerhorden«, deren Mitglieder im erörterten Fall Muslime sind. Sondern sie hat das »muslimisch« zwischen »barbarisch« und »gruppenvergewaltigend« so selbstverständlich eingeschoben, als gehöre es zum selben Begriffsfeld. (Folglich liegt hier wie auch sonst die Vorstellung barbarischer Gruppenvergewaltigungen *ohne* Muslime unterhalb ihrer Wahrnehmungsschwelle.)

In seiner Rede anlässlich der von der AfD veranstalteten »Demonstration für unsere Heimat« am 2. Juni 2016 in Elsterwerda hat Alexander Gauland einen »Versuch« angeprangert, »das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung«. <sup>5</sup> Wer aber unternimmt diesen Versuch? Wer will die Deutschen durch Fremde ersetzen, oder mit Gaulands verächtlicher Kontrastierung: das »deutsche Volk« durch »herbeigekommene Bevölkerung«? Ohne es auszusprechen

(und sich damit einer argumentativen Begründungspflicht zu stellen), bezieht sich Gauland auf die rassistische Verschwörungstheorie von der angeblichen »Umvolkung« oder dem »großen Austausch«, wie sie von der Identitären Bewegung, in Deutschland von dem Publizisten Götz Kubitschek und von Ungarn bis in die USA von rechtsradikalen Ideologen vertreten und mit Vorliebe vermeintlichen jüdischen Weltverschwörern wie George Soros zugeschrieben wird. (Von der *FAZ* befragt, kann Gauland allerdings »nicht erkennen, dass Herr Kubitschek, den ich gut kenne, ein Rechtsextremer ist«, mit der erstaunlichen Begründung: »das kann kein Rechtsextremer sein, denn dann müsste das alles [gemeint ist Kubitscheks Produktion in seinem Verlag Antaios] verboten sein.«)<sup>6</sup>

Entsprechend hat Gauland, in Übernahme einer von Björn Höcke eingeführten Formulierung, in Elsterwerda sekundiert, dass die »Kanzler-Diktatorin« das deutsche »Volk völlig umkrepelt und viele fremde Menschen uns aufpfropft und uns zwingt, die als Eigenes anzuerkennen«.<sup>7</sup> Gaulands gärtnerische Metapher verschiebt den Konflikt unauffällig und darum wirkungsvoll von der Kultur in die Biologie. »Wir« sind hier verwurzelt, naturwüchsig, ein Volk wie ein Baum; die Volks-Fremden werden uns aufgepfropft als biologisch fremde Triebe. Die Metapher ist in ihrem Kern rassistischer, als man es ihr ansieht.

Aus dem rassistischen Untergrund der Unterscheidung zwischen den Barbaren dort und uns Kulturträgern hier ergibt sich die unterschiedslose Anwendung

auf Erwachsene und Kinder gleichermaßen mit mörderischer Konsequenz. Wo es um den Gegensatz zwischen biologischen Substraten geht, zwischen fremdem und eigenem Erbgut, da spielen Altersunterschiede keine Rolle mehr. Da gibt es keine Individuen mehr, sondern nur eine bedrohliche Masse: eine, wie Gauland in derselben Rede formuliert, gegen das deutsche Volk gerichtete »Politik der menschlichen Überflutung«. <sup>8</sup> »Einen Wasserrohrbruch«, hat er im Februar 2016 im *ZEITmagazin* erklärt, »einen Wasserrohrbruch dichten Sie auch ab. Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten.« Aus diesem Satz hat er dann mit kalter Präzision gefolgert: »Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen.« <sup>9</sup>

Wer die Flut der Barbaren zurückdrängen, dabei grausame Bilder aushalten und sich von aus ihnen herausblickenden Kinderaugen nicht erpressen lassen will, der wird in der Tat notfalls so handeln müssen, wie es im selben Monat, am 30. Januar 2016, Beatrix von Storch auf ihrer Facebook-Seite formulierte: »Es ist so weit. [...] Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen.« <sup>10</sup> Ob sie also auch Frauen und Kinder mit Waffengewalt fernhalten wolle, fragt ein erschrockener Leser; Frau von Storch antwortet: »Ja.« Dass sie diese schriftliche Antwort nachträglich wieder zurückzunehmen versuchte, <sup>11</sup> nimmt ihr nichts an (man möchte sagen: barbarischer) Folgerichtigkeit.



## Das System der Zweideutigkeit

Natürlich spricht Alexander Gauland so wenig wie Alice Weidel oder Beatrix von Storch von »Rassefremden«. Charakteristisch gerade für die Redeweise des betont bildungsbürgerlich auftretenden Parteivorsitzenden Gauland erscheint vielmehr eine Rhetorik, die vorgibt, entschieden und eindeutig Stellung zu beziehen, ebendiese Stellung aber noch im selben Atemzug scheinbar wieder verlässt. Ein Beispiel gibt der von ihm wie von vielen Repräsentanten der AfD mit demonstrativer Verachtung ausgesprochene Begriff »System«; hinzu kommen Abkömmlinge wie »Systempresse« und »Systemparteien«.

Gegen sie ruft Gauland ausdrücklich eine »Revolution« aus – mit dem eiligen Hinweis, die sei natürlich nicht gewaltsam zu denken. (Aber sein Mitstreiter Björn Höcke hat mit einer abgeschmackten Adorno-Anspielung den »Halben« in der eigenen Partei eingepägt: »Es gibt keine Alternative im Etablierten.«<sup>12</sup>) In der unspezifischen Allgemeinheit des Ausdrucks »das System« erinnert auch diese Redeweise nicht zufällig an die rechtsradikale Opposition gegen die Weimarer Republik. »Der Führer [...] fordert heute im Namen dieses Volkes das System in die Schranken«, hieß es etwa 1932 im Wahlauftritt der NSDAP.<sup>13</sup>

Was also meint das Wort »System« beispielsweise in Gaulands in einem FAZ-Interview am 4. September 2018 geäußertem Satz: »Wir sind der Pfahl im Fleische eines politischen Systems, das sich überholt

hat«?<sup>14</sup> Es gehört zum Redegestus Gaulands, sich nach einem Satz wie diesem rasch strategisch auf den Boden des Grundgesetzes zurückzuziehen: »kein vernünftiger Mensch« habe behauptet, »dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung weg muss«. Wäre das alles, so müsste man annehmen, dass es ihm lediglich um eine Ablösung der Bundesregierung gehe. Im selben Atemzug aber betont er, es müsse »mehr weg als nur die regierende Bundeskanzlerin«, nämlich – und weiter kann er sich in einem einzigen Satz schlechterdings nicht radikalieren – »dieses politische System«.

Das aber ist etwas grundsätzlich anderes als etwa eine bestimmte Bundesregierung oder Politikerin. Regierungswechsel sind in der Bundesrepublik gerade keine Systemwechsel, sondern im Gegenteil *Bestandteile* eines Systems freier Wahlen. Wer im Hinblick darauf eine »Revolution« proklamiert, wie Gauland es tut, der will nicht die Bundesrepublik. Wer ein Pfahl im Fleische dieses Systems sein will, will nicht das Grundgesetz.

Und das deutet Gauland im selben Interview auch mit einer gewissen Nonchalance selber an. Die »friedliche Revolution«, für die seine Partei heute stehe, erinnert ihn an die »friedliche Veränderung von 1989«: den Aufstand also gegen einen autoritären Staat, der infolge dieser friedlichen Veränderung zu bestehen aufhörte. Die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«, zu der Gauland sich in diesem Interview dreimal bekennt, ist, das besagt sein Vergleich

des bundesrepublikanischen Systems mit demjenigen der DDR, innerhalb der heute bestehenden Bundesrepublik nicht zu gewährleisten.

Also *was* kann man ihm zufolge eine friedliche Revolution nennen? »Diejenigen, die die Politik Merkels mittragen, das sind auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien. Die möchte ich aus der Verantwortung treiben. Das kann man eine friedliche Revolution nennen.« Nicht nur die Vertreter von Parteien also, denen in freien Wahlen Verantwortung übertragen oder entzogen werden kann, soll Gaulands Revolution »aus der Verantwortung treiben«, sondern auch die angeblichen Merkel-Unterstützer »aus den Medien«. <sup>15</sup>

Kalkulierte Mehrdeutigkeiten dieser Art finden sich nicht nur am radikalen Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft, sogar in der Mitte der Bundesregierung. Ich begnüge mich auch hier mit einem einzigen, öffentlich vieldiskutierten Satz des damaligen Innenministers Horst Seehofer: »Die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land.« <sup>16</sup> Nehmen wir auch diesen Satz ernst, und nehmen wir ihn beim Wort, dann behauptet er keineswegs nur, wie man angesichts der öffentlichen Resonanz annehmen könnte, es handle sich halt um eine Frage von höchster Dringlichkeit. Sondern er besagt erstens, dass »die Migrationsfrage« eine Überbietung aller anderen Fragen bedeute; so wie die vom Minister aufgegriffene Wendung Saddam Husseins von der »Mutter aller Schlachten« diejenige Schlacht androhen

sollte, der gegenüber alle anderen Schlachten verblassten (als ein »Vogelschiss«, sozusagen). Zweitens besagt er, dass alle politischen Probleme eine gemeinsame Mutter haben – was schon für sich genommen eine überraschende Behauptung ist – und dass diese Mutter, dieser Ursprung, der alle anderen Probleme gebiert, die Migrationsfrage sei. Es gäbe, so besagt der Satz, keine politischen Probleme mehr, wenn es »die Migrationsfrage« nicht gäbe.

Und er besagt noch etwas, das man eben deshalb überliest, weil es so offen zutage liegt. Indem er einen Sachverhalt als Substantiv mit bestimmtem Artikel benennt, setzt er ihn mit dem Satzanfang sogleich als fraglos gegeben voraus: Es gebe genau eine, nämlich »die Migrationsfrage«. Wie aber würde diese Frage lauten, wenn man sie in einem eigenen Satz formulieren sollte? Natürlich hat Seehofer gar keine wirkliche Frage gemeint, sondern einen Problemkomplex, den er umgangssprachlich zusammenfasst. Der sich damit wie von selbst ergebende Singular aber legt nicht nur die im Wortsinne: Einfachheit »der« Frage nahe. Er suggeriert auch, dass es nur genau eine Antwort gebe. Welche Antwort könnte das sein? Ein Satz wie »Migranten raus!« wäre eine naheliegende Möglichkeit. Seehofer nutzt sie nicht; das bleibt den Sprechchören auf der Straße überlassen.

Alexander Gauland hat Seehofers Anregung auf seine Weise aufgenommen, in der thematischen Fokussierung und in der Redeweise, die nichts gesagt haben will und doch sehr viel mehr sagt, als sie zugibt.

In einer Wortmeldung im Deutschen Bundestag im September 2018, die mit einem sarkastischen Zitat von Seehofers Satz beginnt, lässt er keinen Zweifel daran, dass mit dem Abstraktum »Migration« niemand anderes gemeint sei als die sehr konkreten *Migranten*. Und er will anschaulich machen, wer die da sind, im bedrohlichen Gegensatz zu uns hier. In einer Aufzählung von Gewalttaten der letzten Monate erwähnt er neben gerichtsnotorischen Straftätern auch »drei Männer, der Täterbeschreibung zufolge vermutlich Nordafrikaner«, »mehrere männliche Personen, die als ›dunkelhäutig‹ beschrieben« werden, und »Schläger, der Beschreibung zufolge ›Südländer««. Dabei ist er sich keineswegs klar darüber, ob die so Beschriebenen deutscher Nationalität sind oder nicht; vielmehr setzt er als selbstverständlich voraus, dass Menschen südländischen Aussehens nicht zu *uns* gehören können (wie er umgekehrt auch von nordeuropäisch aussehenden Deutschen, die ähnliche Gewalttaten begehen, nichts zu wissen scheint). Für die Schuldzuschreibung genügt es schon, »der Täterbeschreibung zufolge vermutlich Nordafrikaner« oder »der Beschreibung zufolge ›Südländer«« oder überhaupt nur »als ›dunkelhäutig‹ beschrieben« zu sein. Gauland beklagt nicht die Gewalt auf den Straßen, sondern er beklagt, dass sie von den anderen Leuten ausgeübt worden ist, ›denen da«. In derselben Äußerung wird die Gewalt, die in Chemnitz von rechtsradikalen Deutschen gegenüber Ausländern verübt worden ist – oder vielmehr: gegenüber allen mögli-

chen Unbeteiligten, die »der Beschreibung zufolge ›Südländer« sein könnten –, heruntergespielt in Sätzen wie diesem:

Hunderte Chemnitzer machten spontan von ihrem demokratischen Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch, taten ihre Empörung über die Folgen der Einwanderungspolitik der Kanzlerin kund.<sup>17</sup>

In derselben Wortmeldung im Bundestag hat Gauland noch einen weiteren Satz gesagt, der mir für diese manipulative Rhetorik des Behauptens und Ausweichens besonders charakteristisch erscheint: »Hass ist [...] keine Straftat«. Dieser Satz folgt der Regel: »Widerspricht Behauptungen, die niemand aufgestellt hat!« Niemand im Deutschen Bundestag hatte ja behauptet, Hass sei ein Straftatbestand. Viele aber hatten darauf hingewiesen, dass aus Hass Taten hervorgehen können, die einen Straftatbestand erfüllen. Gaulands Satz spricht mit dem Pathos der Lakonie eine Banalität aus, suggeriert aber, dass auch die aus Hass hervorgegangenen Taten straffrei sein sollten – und zwar dann, wenn der Hass berechtigt sei. Vollständig zitiert lautet sein Satz nämlich: »Hass ist erstens keine Straftat und hat zweitens in der Regel Gründe.«<sup>18</sup> Auch dies ist natürlich eine Banalität. Der Satz baut auf die vermeintliche Evidenz des Banalen, meint aber etwas anderes. »Hass ist erstens keine Straftat und hat zweitens in der Regel Gründe« legt

eine Schlussfolgerung nahe, die er unausgesprochen lässt: Begründeter Hass erzeugt begründete Straftaten. Und am Ende sind es nicht einmal Straftaten gewesen, sondern nur Ausdruck der berechtigten »Empörung über die Folgen der Einwanderungspolitik der Kanzlerin« und Ausübung des Rechts auf Versammlungsfreiheit.

In einem Gastbeitrag für die *FAZ* hat Gauland diese Empörung im Oktober 2018 gerechtfertigt – mit dem Verständnis für »diejenigen, für die Heimat noch immer ein Wert an sich ist und die als Erste ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen«.<sup>19</sup> Was hier »Einwanderer« heißt, nennt Gauland in anderen Äußerungen »Flüchtlinge«. Was aber sind, per definitionem, Flüchtlinge? Eben: »diejenigen, für die Heimat noch immer ein Wert an sich ist und die als Erste ihre Heimat verlieren« – weil sie nicht von Einwanderern vertrieben worden sind, sondern beispielsweise von Taliban oder IS-Milizen.